



Eidgenössisches Departement für Verteidigung,
Bevölkerungsschutz und Sport VBS
Generalsekretariat
Sicherheitspolitik
patrick.gansner@gs-vbs.admin.ch
per Email

Zürich, 8. Februar 2016

Vernehmlassung betreffend Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Sehr geehrte Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD danke ich Ihnen für die Einladung zur Teilnahme an der eingangs erwähnten Vernehmlassung.

Städte sind von sicherheitspolitischen Fragestellungen unmittelbar und oft in erhöhtem Ausmass betroffen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass taugliche Antworten nur im Zusammenspiel verschiedener Akteure gefunden werden können. Die KSSD begrüsst es daher, dass der Bundesrat diesem Grundgedanken mit einem integralen Begriff der Sicherheit Rechnung trägt. Aus Sicht der KSSD wäre der wichtigen Rolle der Städte und Gemeinden zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit für die Schweizer Bevölkerung grundsätzlich noch stärker Nachachtung zu verschaffen.

Zu einzelnen Aspekten erlauben wir uns folgende Anmerkungen:

Bedrohungen und Gefahren

Die Aussagen im Berichtsentwurf hinsichtlich Entwicklung der Kriminalität (S. 25, Kap. 2.2.4) sind aus Sicht der KSSD zu überprüfen: Eine starke Zunahme bei Vermögensdelikten belegen die uns vorliegenden Zahlen nicht. Vielmehr weist die Kriminalstatistik seit Jahren eine abnehmende Tendenz auf (vgl. Bundesamt für Statistik, Polizeiliche Kriminalstatistik PKS, Jahresbericht 2014, S. 9).



Bezugnehmend auf die Häufung von Naturkatastrophen wie Hochwasser, wie auf Seite 28 (2.2.6 Katastrophen und Notlagen) erwähnt, hat sich der Trend in den letzten Jahren stark akzentuiert. Entlang der Flüsse ist es zu Überschwemmungen gekommen, die die Hochwasser der Sommer 1999, 2005 und 2007 teilweise noch übertreffen. Es ist anzunehmen, dass diese Entwicklung sich fortsetzt, was zur Folge hat, dass in den gewässernahen Gebieten – zu denen auch Städte gehören – vermehrt Menschen über längere Zeit zu evakuieren sind. Solche Situationen stellen die lokalen Einsatzkräfte vor zunehmende Herausforderungen und werfen bedeutende praktische Fragen auf betreffend Sicherung der Strom-, Gas- und Wasserversorgung. Als zukünftige zentrale Herausforderungen für den Umgang mit Katastrophen und Notlagen ist zu erwarten, dass die Schäden grösser und Ereignisse komplexer werden. Entsprechend ist der Fokus auf die wirklich relevanten Gefährdungen erforderlich, was im Berichtsentwurf des Bundesrats zu wenig deutlich hervorsteht.

Wir erlauben uns den Hinweis, dass gerade urbane Räume durch die im Fazit prominenten Gefahren stark verwundbar sind (S. 29 f., Kap. 2.2.7), was in der Analyse kaum zum Ausdruck kommt. Die hohe Infrastrukturdichte und Technologisierung stellt Städte vor besondere Herausforderungen – etwa im Fall von Versorgungsstörungen. Anschläge, wie sie in jüngster Zeit auch in Westeuropa auftreten, zielen auf städtische Zentren. Die KSSD teilt den allgemeinen Schluss des Bundesrats, wonach der Grundgedanke der Resilienz noch stärkere Beachtung verdient (S. 31).

Antworten im Verbund

Im heutigen Risiko- und Bedrohungsumfeld müssen die verschiedenen Partner der fünf Säulen des Bevölkerungsschutzes und der sicherheitspolitischen Instrumente auf den drei föderalen Stufen (Bund – Kanton – Gemeinde) gemeinsam Lösungen suchen.

Der Bericht erweckt insgesamt den Eindruck, dass das Thema Sicherheitspolitik nach wie vor aus dem Blickwinkel militärischer Einsätze und polizeilicher Gefahrenabwehr beleuchtet wird. Eine ganzheitliche und aussagekräftige Risiko- und Gefährdungsanalyse fehlt ebenso wie eine griffige und verbindliche Strategie für die optimale Ausrichtung und Weiterentwicklung des Sicherheitsverbunds Schweiz und zur Optimierung der Zusammenarbeit aller Sicherheitsakteure. Die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen sowie die Leistungen der Feuerwehren, der Sanitätsdienste und der städtischen Führungsorgane als wichtige Partner im Sicherheitsverbund Schweiz werden im Bericht zu wenig oder nur am Rande beurteilt und gewürdigt.

Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen müssen sich dabei selbstverständlich an den gesetzlichen Vorgaben orientieren. Gleichzeitig muss es aber möglich sein, über neue Rollen und Verantwortungen zu diskutieren. Dem Aspekt der wachsenden Ballungszentren, der Bedeutung der Grossstädte und dem Trend der Metropolisierung ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen (Trendanalyse Bevölkerungsschutz 2025, Center for Security Studies CSS, ETH Zürich 2014). Die Verantwortung der städtischen Führungsorganisationen und deren Mittel im Blaulichtbereich sollten im Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) nicht mehr nur kommunal betrachtet werden, sondern auf kantonaler und nationaler Ebene. Die verantwortlichen Personen sollten auf Augenhöhe in den Gremien RK MZF (Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr) und in der Stabschef-Konferenz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) eingebunden werden.



Auch wenn das Feuerwehrwesen nicht auf Stufe Bund, sondern auf Stufe Kanton geregelt ist, so ist die Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsschutz zu erwähnen (S. 75, Katastrophen und Notlagen, Bewältigung und S. 77, Instrumente der Sicherheitspolitik).

Zudem regen wir an, die kommunalen Polizeikräfte im Bericht nicht unerwähnt zu lassen. Dies gilt etwa für folgenden Satz im Abschnitt betreffend Abwehr und Bewältigung der Kriminalität (S. 71): «Die 26 kantonalen Polizeikörpers und die kommunalen Polizeien gewährleisten nach Massgabe des kantonalen Rechts die öffentliche Sicherheit auf ihrem Territorium, (...)»

Schliesslich erlauben wir uns den Hinweis, dass die KSSD mit Interesse den Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem erwartet. Im März 2015 hatten wir die Gelegenheit, unsere Überlegungen im Rahmen einer Anhörung in die Arbeit der Studiengruppe einfliessen lassen. Als Stimme der Schweizer Städte wies die Vertreterin der KSSD dabei auf den dringenden Bedarf einer grundsätzlichen Überprüfung des Dienstpflichtsystems hin.

Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung dieser Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren

Präsident


Nino Cozzio

Kopie: - Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie der Stadt Bern
- Polizeidepartement der Stadt Zürich